LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ÄGYPTEN

ANDREAS JACOBS

13. Oktober 2009

www.kas.de www.kas.de/aegypten

Ägypten streitet über den Gesichtsschleier

Der Groß-Mufti der Al-Azhar hat mit einer Stellungnahme gegen den Gesichtsschleier eine heftige Debatte in Ägypten ausgelöst. Die zahlreichen Lehranstalten der Al-Azhar sowie die Wohnheime der Kairo Universität verweigern mittlerweile vollverschleierten Studentinnen den Zugang. Wütende Proteste und Gerichtsverfahren sind die Folge. Bislang nützt der Streit vor allem der Regierung.

Der Streit um die Vollverschleierung hat in Ägypten neue Dimensionen angenommen. Auslöser einer Debatte, die seit Tagen die ägyptischen Medien beherrscht, ist der umstrittene Großscheich der Al-Azhar-Universität Mohammed Said Tantawi. Großscheich Tantawi hatte am 3. Oktober eine der Al-Azhar-Schulen besucht, um sich über Vorsorgemaßnahmen gegen die Schweinegrippe zu informieren. Es waren allerdings nicht hustende Kinder, die Tantawi bei diesem Schulbesuch erregten, sondern ein 11 bis 12 Jahre altes Mädchen in schwarzer Vollverschleierung einschließlich Gesichtsschleier (Nigab). Tantawi soll die Schülerin mit dem Hinweis, dass es sich beim Gesichtsschleier um eine vorislamische Tradition handele, in wenig schmeichelhaftem Ton zum Ablegen des Niqabs aufgefordert haben.

Mit liberalen Ansichten, unkonventionellen Rechtsgutachten und seiner offenkundigen Regierungsnähe hatte Tantawi ultraorthodoxe und islamistische Kreise bereits wiederholt gegen sich aufgebracht. Weibliche Genitalverstümmelung verurteilt er ebenso wie Terrorismus und Selbstmordanschläge. Zu den Christen im Land pflegt er ein gutes Verhältnis und zum Thema Israel hält er sich zurück. Al-Azhar ist zwar weitgehend

dem Willen der ägyptischen Regierung unterworfen und predigt dementsprechend einen gemäßigt-konservativen "Staatsislam". Als Vertreter einer Institution, die zumindest nach ihrem Selbstverständnis die bedeutendste religiöse Autorität des sunnitischen Islam darstellt, hat das Wort des Großscheichs der Al-Azhar aber dennoch weit über die Grenzen Ägyptens hinaus Gewicht.

Der unislamische Schleier

Kaum eine der Äußerungen und Fatwas Tantawis hatte in der ägyptischen Öffentlichkeit aber derart weit reichende Auswirkungen wie seine jüngste Tirade gegen den Niqab. Kurz nach Tantawis Schulbesuch sprach sich der Oberste Rat der Al-Azhar für ein Niqab-Verbot an allen angegliederten Institutionen und Einrichtungen aus. Rückendeckung bekam die Al-Azhar für diesen Schritt sowohl von Hochschulminister Hany Helal als auch von Religionsminister Hamdi Zaqzuq, die beide den Niqab als "unislamisch" verurteilten.

Helal wies daraufhin die Kairo Universität an, gesichtsverschleierten Frauen den Zutritt zu den Wohnheimen der Universität zu verwehren. Diese Anweisung wurde von der Universitätsleitung mit der Begründung, es gebe schließlich nur Frauen in den Wohnheimen, umgehend umgesetzt. Die Folge waren wütende Proteste einiger gesichtsverschleierter Studentinnen und eine Eilklage vor dem ägyptischen Verfassungsgericht. Diese Klage wurde am 7. Oktober abgewiesen. Ein Verbot der Vollverschleierung, so das oberste Gericht, sei rechtmäßig. Vertreter der oppositionellen Muslimbruderschaft, betroffene Frauen und einige Menschen-



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ÄGYPTEN ANDREAS JACOBS

13. Oktober 2009

www.kas.de www.kas.de/aegypten rechtsorganisationen kündigten daraufhin mit dem Verweis auf die Religions- und Meinungsfreiheit Klagen gegen Großscheich Tantawi, Hochschulminister Helal und den Präsidenten der Kairo Universität an.

Der Niqab auf dem Vormarsch

Tantawis Schulbesuch war allenfalls der Auslöser, nicht aber die Ursache des Schleierstreits in Ägypten. Der Gesichtsschleier war lange in Ägypten völlig unbekannt. Seit einigen Jahren nimmt die Vollverschleierung (einschließlich Handschuhe) allerdings spürbar zu und gehört mittlerweile zum alltäglichen Straßenbild in Kairo. Ursprünglich war der Niqab nur in den Golfstaaten verbreitet. Über zurückkehrende ägyptische Gastarbeiter und die zahlreichen Fernsehprediger findet er aber bei ultraorthodoxen und islamistischen Frauen in Ägypten zunehmend Zuspruch.

Argumentationsgrundlage sind dabei weniger der Koran und die Aussagen des Propheten als vielmehr die Religions- und Meinungsfreiheit. Nach weit überwiegender Auffassung muslimischer Rechtsgelehrter gibt es für den Nigab keine religiöse Rechtfertigung. Nach dieser Mehrheitsmeinung stellt er eine vorislamische Tradition dar, die sich in den traditionell geprägten Staaten der arabischen Halbinsel erhalten habe. Befürworter des Nigabs – darunter viele Vertreter der Muslimbruderschaft – argumentieren daher primär mit allgemeinen Sittlichkeitsvorstellungen und der individuellen Religions- und Meinungsfreiheit. Außerdem verweisen sie darauf, dass der Nigab nach vorherrschender Rechtsauffassung von muslimischen Gelehrten bislang nicht als unislamisch angesehen wurde.

Das Establishment wehrt sich

Die Zunahme der Totalverschleierung wird von großen Teilen des ägyptischen Establishments mit Argwohn verfolgt. Traditionell werden Bekleidungsgewohnheiten und religiöser Lebensstil in Ägypten eher als Ausdruck von Klassenzugehörigkeit und nicht

von Religiosität gesehen. In den abgeschirmten Parallelwelten der ägyptischen Oberschicht blieb man zudem vor ultraothodoxen oder islamistischen Gedankenwelten und "Etiketten" weitgehend unbehelligt. Die aus den Golfstaaten zurückkehrenden Gastarbeiter stellen diese traditionellen Klassengrenzen mithilfe ihres im Ausland erwirtschafteten Wohlstandes zunehmend in Frage. Überdurchschnittlich viele Nigab-Trägerinnen sind gut gebildet, vergleichsweise wohlhabend und selbstbewusst. Sie zählen sich zu einer aufstrebenden Mittelschicht, die in die Lebensbereiche des bisherigen ägyptischen Establishments eindringt und deren Privilegien und Lebensweise in Frage stellen.

Dieses Eindringen des Niqabs in den Alltag der ägyptischen Mittel- und Oberschicht führte bereits vor einigen Jahren zu einer Reihe von gerichtlichen und medialen Auseinandersetzungen – zunächst mit offenem Ausgang. Noch 2007 hatte Großscheich Tantawi den Niqab nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern als Ausdruck der individuellen Entscheidung der Frau zugelassen. Zwei Jahre zuvor hatte ein Gericht gegen das Verbot der Vollverschleierung an der Amerikanischen Universität in Kairo (AUC) entschieden. Die AUC hatte das Verbot mit dem Konzept liberaler Bildung und mit religiöser Neutralität begründet. Das Gericht hielt dem entgegen, daß ein solches Verbot der verfassungsrechtlichen Gewährleistung der Religionsfreiheit widerspreche.

Seit 2008 scheinen sich die Gegner des Niqab aber immer weiter durchzusetzen. In den meisten Privat- und in allen Militärclubs ist Niqab-Trägerinnen der Zugang mittlerweile verboten. Auch das Tragen "islamischer" Badebekleidung (sog. "Burkinis") wird immer öfter unterbunden. Sicherheitsbehörden warnen zunehmend davor, dass (männliche) Terroristen und Straftäter den Niqab als Tarnung benutzen. Das Gesundheitsministerium plant schon seit längerem ein Niqab-Verbot für Ärztinnen und Krankenschwestern. Schließlich ließ 2008 das Religionsministerium ein Buch, das den Ni-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ÄGYPTEN ANDREAS JACOBS

13. Oktober 2009

www.kas.de www.kas.de/aegypten qab als unislamisch verurteilt, an alle Moscheen des Landes verteilen.

Angesichts dieser Entwicklung ist nicht auszuschließen, dass bald ein Verbot der Vollverschleierung an allen Schulen und Universitäten des Landes, ggf. sogar in allen öffentlichen Gebäuden, erlassen wird.

Mehr als ein Stück Stoff

Bei der Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern der Vollverschleierung geht es also nur am Rande um Religion und vorrangig um politische und gesellschaftliche Fragen. Für die ägyptische Regierung bietet der Nigab-Streit eine willkommene Gelegenheit gegen das Vordringen ultraorthodoxen und islamistischen Gedankenguts und der sich darauf berufenden politischen und gesellschaftlichen Bewegungen vorzugehen. Der Niqab-Streit bringt dementsprechend die oppositionelle Muslimbruderschaft in eine schwierige Position. Momentan ergreifen die meisten Vertreter der Bruderschaft für den Nigab Partei. Dies schwächt – ein Dreivierteljahr vor den Parlamentswahlen - ihren Rückhalt bei traditionell und liberal gesinnten Anhängern. Die Gegnerschaft gegen den Niqab bedient zudem verbreitete Ressentiments gegen das Vordringen "saudischer" Einflüsse im Land. Sowohl im ägyptischen Establishment als auch bei vielen "einfachen Leuten" ist der Niqab auch deshalb nicht beliebt, weil er als ausländischer Import aus den als dekadent angesehenen reichen Golfstaaten betrachtet wird

Der Niqab-Streit bietet der Regierung somit die Möglichkeit, im Schulterschluss mit dem traditionellen "Staatsislam", die säkularen und liberalen Kräfte der ägyptischen Gesellschaft wieder stärker an sich zu binden. Zahlreiche Vertreter der säkularen Oppositionsparteien, aber auch Journalisten, Unternehmer, Künstler und Vertreter der Zivilgesellschaft haben sich demonstrativ auf die Seite von Großscheich Tantawi und den Niqab-Gegnern gestellt und damit letztendlich Partei für die ägyptische Regierung er-

griffen. Für sie ist der Niqab nicht einfach "nur ein Stück Stoff", wie seine Befürworter behaupten, sondern Ausdruck unislamischen, unmodernen und letztendlich auch unägyptischen Gedankenguts.

Fazit

Bei Ägyptens Streit über den Gesichtsschleier geht es um Lebensstile, um gesellschaftliches Selbstverständnis, um Nationalstolz, um Religion, vor allem aber um Politik. Im Konflikt zwischen Befürwortern und Gegner der Vollverschleierung steht deshalb ein Gewinner schon jetzt fest: die ägyptische Regierung. Sie fördert und nutzt die Auseinandersetzung um ultraorthodoxe Kräfte und die islamistische Opposition zu schwächen und gleichzeitig einen Konsens zwischen traditionellen, liberalen und säkularen Kräften im Land herzustellen. Zusätzlich kann sie sich im Westen profilieren und von den eigentlichen Problemen des Landes ablenken.

Der Streit um den Gesichtsschleier in Ägypten kann schließlich auch Anhaltspunkte und Argumentationsgrundlagen für die deutsche und europäische Debatte um Integration, Toleranz und Religionsfreiheit liefern. Viele Entscheidungsträger in Europa tun sich unter Verweis auf die Religionsfreiheit und allgemein auf den Islam mit der Forderung nach einem Verbot der Totalverschleierung schwer. Ein eben solches Verbot wird im wohl religiösesten Land der islamischen Welt jetzt von vielen gläubigen Muslimen befürwortet und gefordert.